

Nebraber Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schreibleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lösen: bis 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Helianthendruck 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankstellen:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artlen.

Nr. 130

Sonnabend, den 3. November 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Wenn trotz zahlreicher erstorben politischer und wirtschaftlicher Ereignisse die verflochtenen Lage unter dem Eindruck der Rückfahrt des „Draff Juppel“ von Lafochut nach Friedland stehen, so ist dies nur als ein erneuter Beweis dafür anzusehen, wie hoch man die Bedeutung einschätzt, die dem Luftschiff für den Transocean-Postverkehr, Fracht- und Passagierverkehr der Zukunft zukommt. Im Gegensatz zur Streife war die Rückfahrt des neuen Juppel trotz stürmischer, regnerischer und kalten Wetters infolge durch die Bitterung begünstigt, als kaum Gegenstände zu belegen waren, während vielmehr die Windrichtung für die Zwecke der Navigation ausgespart werden konnte. Dr. Geener hat gerade auf dieser Rückfahrt die Sturmluftigkeit seines Schiffes aus Schlagträglichkeit bewiesen und eine Fahrzeit erreicht, die diejenige der großen Dampfer weit übersteigt. Das praktische Resultat ist nicht ausgefallen. Amerika läßt zwei gigantische Juppel bauen. Japan geht an die Konstruktion eines Lufttriebes heran, und die bedeutendsten Fachleute des In- und Auslandes sehen den künftigen Transocean-Luftschiffverkehr für die nächsten Jahre mit Sicherheit voraus.

Man hat viel von der Propagandawirkung gesprochen, die die Juppelreise zugunsten Deutschlands in der Stimmung des Auslandes ausgeübt habe. Es wäre zu wünschen, daß recht viel davon den Sachverständigenübernehmungen über die Reparationsfrage zugutekomme, deren endgültige Vorbereitung namentlich im Hinblick auf die Reise Parler Gilberts durch die alliierten Hauptkräfte mit einem Schritt der deutschen Vertreter in Paris, London, Tokio, Rom und Washington in die Wege geleitet worden ist. Deutschland hat sicher das beste Recht angehen, wenn es angreift, daß diese Sachverständigen bei ihren Beratungen nicht durch Meinungen der beteiligten Regierungen gehindert sein sollen. Es handelt sich darum, auf Grund erfindungsmäßiger Tatsachen bestimmte Summen und Zahlungspläne zu errechnen, und es würde ein schweres Hindernis für die bevorstehende Ausarbeitung bedeuten, wenn sie von vornherein durch zahlenmäßige oder politische Wünsche dieses oder jenes Kabinetts in ihrer Beweglichkeit gehindert wäre. Trotz der für Deutschland so traurigen Verhältnisse, das die Londoner Konferenz seinerzeit zeitigte, steht es doch fest, daß aus die Erfahrungen von damals zugunsten der heute von Deutschland vorgeschlagenen Methode sprechen. Um so mehr, als es heute wie damals nicht die Regierungen, sondern private Finanzkreise sein müssen, die die Summen zur Verfügung stellen, um ein neues Zahlungssystem ins Rollen zu bringen.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt wäre es auch besonders begrüßenswert, wenn Amerika aus seiner bisherigegeizigen Reserve hervortreten und die Konferenz mit einem offiziellen Vertreter beehren würde. Daß Parler Gilberts beabsichtigt, das französisch-amerikanische Schuldenabkommen, den sogenannten Mellon-Werger-Vertrag, vom französischen Parlament ratifizieren zu lassen, könnte in dieser Richtung nur günstig wirken, denn gerade diese Punkte in der französisch-amerikanischen Schuldenregelung hat in Amerika besonders verhängnisvoll gewirkt und in Washington denjenigen Kreisen Obhwalter gegeben, die ständig besonders Zurückhaltung von allen europäischen Angelegenheiten predigen.

Für Deutschland wird inzwischen eine Klärung der wirtschaftlichen Situation immer dringlicher. Die Schlichtungsarbeiten im Zusammenhang der nordwestdeutschen Eisenindustrie sind gescheitert, und da die Arbeitgeber in Voraussicht dieses Resultates bereits im verflochtenen Monat ihren Belegschaften zum 1. November gekündigt haben, ist dort eine überaus ernste und bedrohliche Lage entstanden. Es ist nicht nur die drohende Arbeitslosigkeit, die die Situation so bedenklich macht. Ein Durchgreifen der Regierung und Annahme der Lohnersparnis durch die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie müßte zwangsläufig zu bedeutend erhöhten Eisenpreisen auf dem Inlandsmarkt führen, womit eine allgemeine Preissteigerung und eine weitere Erschwerung der Konjunktur unermesslich wird. Vergegenwärtigt man sich dazu, daß auch auf anderen Gebieten, im Textilfach etwa sowie in mehreren weiteren Industriezweigen, die Arbeitslage in sehr gespannter ist, so kann man nur mit erneuerter Besorgnis dem kommenden Winter entgegensehen.

Nordwestdeutsche Eisenindustrie ruht. Durchführung der Kündigungen.

Essen, 1. November.

Am Donnerstag morgen ist im Gesamtgebiet der Gruppe Nordwest die Kündigungsaktion allgemein durchgeführt worden, ohne daß es zu Störungen oder Zwischenfällen kam.

Insgesamt werden von den Kündigungen 213 000 Arbeiter direkt betroffen. Weitere 600 000 Arbeiter werden mittelbar von dem Stillstand erfaßt, so daß die furchtbaren Folgen der Kündigungen schon in den nächsten Tagen für zu Tage treten werden.

Im Hagener Gebiet ist infolge einer Komplikation eingetreten, als die Arbeiterkammer von Zohmeritz gestreikt hat, obwohl in Hagener schon seit fast zwei Wochen die Arbeit fortgesetzt wurde, um die Gewerkschaften im Revier kämpfen. Diese Lohnkündigungen werden wahrscheinlich entsprechende Gegenmaßnahmen der Unternehmer des Hagener Reviers zur Folge haben.

Im Bergbau wird die Kündigungsaktion mit besonderer Eile durchgeführt werden, die von der nächsten Woche ab in größerer Umfang eingeleitet werden sollen. Wahrscheinlich wird es sich nicht vermeiden lassen, daß im Laufe der Zeit auch ganz Schichtanlagen stillgelegt werden, und zwar hauptsächlich solche, deren Förderung in der Hauptsache zur Kohlerzeugung verwendet wird.

Von Seiten der Arbeitgebergruppe wird über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches und die Durchführung der Kündigungen erklärt, daß die Verbindlichkeitsklärung nicht sei, weil entgegen der Schlichtungsordnung der Schlichter allein mit seiner Stimme den Ausschlag geben könne. Durch den Schiedspruch würden die Schlichter um vier bis fünf Prozent erhöht, so daß eine Preissteigerung erfolgen müßte.

Die Begründung des Schiedspruches. Reichsarbeitsminister Willelmi hat jetzt auch die Begründung des Schiedspruches bekannt gegeben. Danach hat er nach langen Beratungen die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, nachdem die Einigungsverhandlungen fruchtlos verlaufen waren und der Schiedspruch der Billigkeit entsprachen habe. Die Begründung betont, daß rechtliche Bedenken gegen diesen Schiedspruch nicht beständen. Ferner hat der Reichsarbeitsminister noch eine Erklärung herausgegeben, in der er ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung sowohl nach wirtschaftlichen wie juristischen Gesichtspunkten rechtfertigt.

Bestellungsfrage der Arbeitgeberverbände.

Wie verlautet, hat die Arbeitgeberseite beim Reichsgericht die Feststellung beantragt, daß die Beschlüsse der Reichsregierung nicht verbindlich seien. Dies Verfahren dürfte beschleunigt werden, so daß schon in den nächsten Tagen die Entscheidung des Reichsgerichts erwartet werden kann.

Krisette im Pariser Kabinett?

Das Budgetgesetz über die Kongregation.

Paris, 1. November.

Nach verschiedenen Blättermeldungen ist es im französischen Kabinett wegen der §§ 70 und 71 des Haushaltsgesetzes zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Diese Paragraphen räumen den katholischen Missionaren erneut gewisse Niederlassungserleichterungen ein und geben ihnen gewisse Vergünstigungen bezuglich der Steuerbefreiung früherer Besitztümer, die sie bei der Trennung von Kirche und Staat verloren hatten.

Gegen diese Paragraphen wird von der Linken heftig protestiert. Man erklärt der Minister Durruti im Kabinett, daß er diese Paragraphen nicht verteidigen könne. Da aber die Mehrheit des Kabinetts Poincaré auch auf der Ministerpräsidenten selber erklärten, sie würden mit diesen Gesetzen einverstanden sein, glaubt man, das das Kabinett einer schweren Krise entgegengeht.

Hoersch verhandelt auch mit Poincaré.

Berlin erwartet die Antworten der Alliierten erst am Freitag oder Sonnabend.

Berlin, 1. November.

Nach Meldungen aus Paris hatte der deutsche Botschafter von Hoersch nach seiner Wiederkehr mit dem französischen Außenminister Briand am Dienstag nun auch am Mittwoch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Am Dienstag wurde gleichfalls auch in London, Brüssel, Rom und Tokio die deutsche Demarche wegen der Reparationsfrage vollzogen. Der Bericht über diese Schritte ist von den Botschaftern bereits nach Berlin übermittelt worden. Die Antworten der betreffenden Regierung werden jedoch erst am Freitag oder Sonnabend in Berlin erwartet.

Vorläufig ist also noch nichts Bestimmtes über das Ergebnis dieses Schrittes bekannt. Nach einer offiziellen englischen Mitteilung über den Schritt der Reichsregierung soll dabei u. a. auf den Regierungen der Erwägung anheimgestellt worden sein, ob auch noch andere Mächte in die Berechnungen mit einbezogen werden

können (gemeint ist Amerika, d. Neb.). Ferner habe die Reichsregierung auch die Einbindung der Reparationskommission gewünscht. Ueber diesen Punkt ist bisher von deutscher Seite noch nichts verlautbart und eine amtliche Stellungnahme dazu erfolgt, kann man sich nicht erlauben, daß die Reichsregierung schon noch sich auf die Teilnahme der Reparationskommission an diesen Besprechungen vorbehalte, denn dies dürfte unter keinen Umständen für den Fortgang der Verhandlungen dienlich sein.

Nach Fortlesen der Antworten der Alliierten wird am Anfang der nächsten Woche das Reichskabinett zusammengetreten und darüber beraten. An diesen Kabinettsitzungen wird ebenfalls auch der Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnehmen, der am Montag aus dem Krankeitsurlaub nach Berlin zurückkehrt und sein Amt wieder übernimmt. Auch der Staatssekretär von Schulerberg wird an diesem Zeitpunkt in Berlin zurück sein.

Fortgang der Reparationsbesprechungen.

Parler Gilbert in Paris? — Brüssel Tagungsort.

Paris, 2. November.

Das Interesse der Pariser politischen Kreise, das durch die plötzlich aufgetretene Kabinetskrise wegen der bekannten Hoersch-Paragrafen eine Ablenkung erfahren hatte, richtet sich nun wieder auf die Reparationsbesprechungen. Die Vorverhandlungen dürften sich nach dem offiziellen Schritt der deutschen Reichsregierung, wie man in Paris annimmt, ihrem Höhepunkt nähern.

In Pariser amerikanischen Kreisen ist die internationale Nachricht verbreitet, der Reparationsagent Parler Gilbert sei überraschenderweise am Mittwoch früh in Paris eingetroffen und habe im Hinblick auf den Empfang des deutschen Botschafters den Poincaré eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt. Die Reise des Reparationsagenten wird auf den Wunsch Gilberts zurückgeführt, den Pariser Besprechungen aus nächster Nähe folgen zu können.

Demselb Deutschland seinen Wunsch, die Vereinigten Staaten in irgendeiner Form auf der Sachverständigenkonferenz vertreten zu sehen, wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, sollen in der von dem deutschen Botschafter überreichten Verbalnote die Vereinigten Staaten nicht erwähnt worden sein. Was den Wunsch Gilberts anlangt, so wird als Lösung Brüssel erwünscht.

Politisches Attentat.

Volens Generalatium in Prag sollte erschossen werden.

Prag, 1. November.

Gestern vormittag spielte sich im Gebäude des polnischen Generalkonsulats in Prag eine aufregende Szene ab. Ein ukrainischer Emigrant namens Laddus Pilatus bezog unter dem Namen eines Hotelverwalters gegen den polnischen Generalatium Laddus Lubaczewski, nachdem er zunächst verhaftet hatte, das Gebäude des Konsulats mit Benzin in Brand zu setzen.

„Englische Entente mit Deutschland“.

Lord Cusendun verläßt einzeln.

London, 1. November.

Lord Cusendun benutzte jedoch eine Rede in Hartford zu einer Erklärung seiner letzten Ausführungen über das englisch-französische Verhältnis. Seine Erklärungen in der vergangenen Woche, daß die neue Entente abgeschlossen sei, schon aus dem einfachen Grunde, weil die alte Entente niemals aufgelöst wurde, habe einige Ueberschuldung hervorgerufen. Man habe die Geschichte der Entente und deren Bedeutung verglichen. 1914 habe zwischen Großbritannien und Frankreich neben der eigentlichen Entente ein Militärabkommen bestanden. Nun bestünde dieses Militärabkommen mit Frankreich nicht mehr, nur die alte Freundschaft dauere an. Er hätte ebenso gut auf Grund der Locarnoerträge hinzufügen können, daß eine Entente ebenso mit Deutschland bestünde. Die Geschichte der Entente und deren Bedeutung verglichen. 1914 habe zwischen Großbritannien und Frankreich neben der eigentlichen Entente ein Militärabkommen bestanden. Nun bestünde dieses Militärabkommen mit Frankreich nicht mehr, nur die alte Freundschaft dauere an. Er hätte ebenso gut auf Grund der Locarnoerträge hinzufügen können, daß eine Entente ebenso mit Deutschland bestünde.

Angesichts der tatsächlichen Haltung der britischen Regierung stellt diese Rede eine sehr zahme Angelegenheit dar. Die tatsächliche Politik der britischen Regierung gegenüber Deutschland wird zweifellos noch richtiger durch die Rede in der letzten Woche wiedergegeben.

Wieder Königsberger Konferenz.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Königsberg, 2. November.

Morgen wird hier erneut eine polnisch-litauische Konferenz eröffnet werden. Wieder einmal will man versuchen, eine Verständigung zwischen den beiden Gegnern herbeizuführen. Die Dinge liegen heute im wesentlichen doch immer noch, wie nach der Entschliessung des Völkerbundsrats vom Dezember v. J., durch die zwar der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen beendet, aber doch keine Verständigung zwischen den beiden Staaten herbeigeführt wurde. Man hat inzwischen mangelhaft Notizen ge-

Nebraber Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.

Vertriebspreis: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienltagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arten.

Nr 130

Sonnabend, den 3. November 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Wenn trotz zahlreicher erster politischer und wirtschaftlicher Ereignisse der verwichenen Tage unter dem Eindruck der Rückfahrt des „Kaiser Japelin“ von Laokoh nach Friedrichsteden standen, so ist dies nur als ein erneuter Beweis dafür anzusehen, wie hoch man die Bedeutung einschätzt, die dem Luftverkehr für den Transozean-Passagier, Fracht- und Postverkehr der Zukunft zukommt. Im Gegensatz zur Einreise war die Rückfahrt des neuen Japelin trotz stürmischer, regnerischer und kalten Wetters infolgedessen durch die Witterung begünstigt, als kaum Gegenwind zu befürchten war, während vielmehr die Windrichtung für die Zwecke der Navigation ausgenutzt werden konnte. Dr. Geener hat gerade auf dieser Rückfahrt die Sturmtätigkeit seines Schiffes aus Schlagkräftigkeit bewiesen und eine Fahrzeit erreicht, die diejenige der großen Ozeandampfer bei weitem in den Schatten stellt. Das praktische Resultat ist nicht auszubedenken: Amerika läßt zwei gigantische Japeline bauen. Japan geht an die Konstruktionsarbeiten eines Luftliniensystems und die bedeutendsten Fachleute des In- und Auslandes sehen den ständigen Transozean-Luftverkehr für die nächsten Jahre mit Sicherheit voraus.

Man hat viel von der Propagandawirkung gesprochen, die die Japelinfahrt zugunsten Deutschlands in der Stimmung des Auslandes ausgeübt habe. Es wäre zu wünschen, daß recht viel davon den Sachverständigenverhandlungen über die Reparationsfrage zugutekomme, deren endgültige Vorbereitung nunmehr im Anschluß an die Reise Pariser Gilberts durch die alliierten Hauptstädte mit einem Schritt der deutschen Vertreter in Paris, London, Tokio, Rom und Washington in die Wege geleitet worden ist. Deutschland hat schon das letzte Angebot gemacht, wenn es angeregt hat, daß diese Sachverständigen bei ihren Beratungen nicht durch Meinungen der beteiligten Regierungen gebunden sein sollen. Es handelt sich darum, auf Grund erfahrungsmäßiger Tatsachen bestimmte Summen und Zahlungspläne zu ermitteln, und es würde ein schweres Saïdicap für die bevorstehende Aussprache bedeuten, wenn sie von vornherein durch zahlenmäßige oder politische Wünsche dieses oder jenes Kabinetts in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt wäre. Trotz des für Deutschland so traurigen Resultates, das die Londoner Konferenz seinerzeit zeitigte, steht es doch fest, daß auch die Erfahrungen von damals zugunsten der heute von Deutschland vorgeschlagenen Methode sprechen. Um so mehr, als es heute wie damals nicht die Regierungen, sondern private Finanzkreise sein müssen, die die Summen zur Verfügung stellen, um ein neues Zahlungssystem ins Rollen zu bringen.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt wäre es auch besonders begrüßenswert, wenn Amerika aus seiner bisher gezeigten Reserve herortreten und die Konferenz mit einem offiziellen Vertreter besüßten würde. Daß Poincaré beabsichtigt, das französisch-amerikanische Schuldenabkommen, den sogenannten Mellon-

Parlament rüchtig nur günstig der französisch-amerikanischen Befähigung den vollständig beopäthischen Anklärung der immer Ding- im Lohnkonflikt geschleitet, und des Resultates geschlagen zum eine überaus Es ist nicht die Situation der Regierung der nordwest- zwangsläufig reifen auf ne allgemeine rung der Kon- trigt man sich im Textfach die, die man nur im Winter ent-

Nordwestdeutsche Eisenindustrie ruht. Durchführung der Kündigungen.

2. Eisen, 1. November.

Am Donnerstag morgen ist im Gesamtgebiet der Gruppe Nordwest die Kündigungsaktion allgemein durchgeführt worden, ohne daß es zu Störungen oder Zwischenfällen kam.

Insgesamt werden von den Kündigungen 21300 Arbeiter direkt betroffen. Weitere 60000 Arbeiter werden mittelbar von dem Stillstand erfaßt, so daß die furchtbaren Folgen der Kündigungen schon in den nächsten Tagen klar zu Tage treten werden.

Im Sogener Gebiet ist infolgedessen eine Komplikation eingetreten, als die Arbeiter in der Lohnfrage geäußert haben, obwohl in ihnen schon seit Juli die Abbruchschritte gefaßt werden, um die die Gewerkschaften im Revier kämpfen. Diese Lohnkündigungen werden wahrscheinlich entsprechende Gegenmaßnahmen der Unternehmer des Sogener Gebietes zur Folge haben.

Im Verlaufe der Arbeit man zunächst versuchen, mit den Verhältnissen durchzukommen, die von der nächsten Woche ab in größerem Umfang eingeleitet werden sollen. Wahrscheinlich wird es sich nicht vermeiden lassen, daß im Laufe der Zeit auch ganz erhebliche Schäden an Anlagen eingelegt werden, und zwar hauptsächlich solche, deren Förderung in der Hauptphase zur Koteerzeugung verwendet wird.

Von Seiten der Arbeitgebergruppe wird über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches und die Durchführung der Kündigungen erklärt, daß die Verbindlichkeitsklärung nicht fest, weil entgegen der Schlichtungsordnung der Schlichter nicht mit seiner Stimme den Ausschlag geben habe. Durch den Schiedsspruch würden die Selbstkosten um vier bis fünf Prozent erhöht, so daß eine Preisveränderung erfolgen müßte.

Die Begründung des Schiedsspruches. Reichsarbeitsminister Willel hat sich auch die Begründung des Schiedsspruches bekannt gegeben. Danach hat er nach langen Beratungen die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, nachdem die Einigungsverhandlungen fruchtlos verlaufen waren und der Schiedsspruch der Billigkeit entgegen habe. Die Begründung betont, daß rechtliche Bedenken gegen diesen Schiedsspruch nicht beständen. Ferner hat der Reichsarbeitsminister noch eine Erklärung herausgegeben, in der er ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung sowohl nach wirtschaftlichen wie juristischen Gesichtspunkten rechtfertigt.

Bestimmungsfrage der Arbeitsgeberverbände. Wie verlautet werden die Arbeitgeber jetzt beim Arbeitsgericht die Fristen in Anspruch nehmen. Dies Verfahren dürfte beschleunigt werden, so daß schon in den nächsten Tagen die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts erwartet werden kann.

Kriselle im Pariser Kabinett?

Das Budgetgesetz über die Kongregation.

2. Paris, 1. November.

Nach verschiedenen Mißverständnissen ist es im französischen Kabinett wegen der §§ 70 und 71 des Haushaltsgesetzes zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Diese Paragraphen räumen den katholischen Missionaren erneut gewisse Niederlassungserleichterungen ein und geben ihnen gewisse Vereinfachungen bezüglich der Steuerbefreiung. Die Verhältnisse, die sie bei der Trennung von Kirche und Staat verlor haben.

Gegen diese Paragraphen wird von der Linken heftig protestiert. Nun erklärt der Minister Herriot im Kabinett, daß er diese Paragraphen nicht verteidigen könne. Da aber die Mehrheit des Kabinetts Poincaré und auch der Ministerpräsident selber erklären, sie würden mit diesen Gesetzen stehen und sie fallen, glaubt man, das das Kabinett einer schweren Krise entginge.

Hoersch verhandelt auch mit Poincaré.

Berlin erwartet die Antworten der Alliierten erst am Freitag oder Sonnabend.

2. Berlin, 1. November.

Nach Meldungen aus Paris hatte der deutsche Botschafter von Hoersch nach seiner Besprechung mit dem französischen Außenminister Ribot am Dienstag nun auch am Mittwoch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Am Dienstag wurde gleichzeitig auch in London, Brüssel, Rom und Tokio die deutsche Demarche wegen der Reparationsfrage vollzogen. Der Bericht über diese Schritte ist von den Botschaftern bereits nach Berlin übermittelt worden. Die Antworten der betreffenden Regierung werden jedoch erst am Freitag oder Sonnabend in Berlin erwartet.

Vorläufig ist also noch nichts Bestimmtes über das Ergebnis dieses Schrittes bekannt. Nach einer offiziellen englischen Mitteilung über den Schritt der Reichsregierung soll dabei u. a. auch den Regierungen zur Ermöglichung anheimgestellt worden sein, ob auch noch andere Mächte in die Besprechung mit einbezogen werden

können (gemeint ist Amerika, d. Red.). Ferner habe die Reichsregierung auch die Einladung der Reparationskommission gewünscht. Ueber diesen Punkt ist bisher von deutscher Seite noch nichts verlautbart und es eine amtliche Stellungnahme dazu erfolgt, kann man nicht gut annehmen, daß die Reichsregierung schon nun sich aus die Teilnahme der Reparationskommission an diesen Besprechungen vorsehe. Denn dies dürfte unter keinen Umständen für den Fortgang der Verhandlungen dienlich sein.

Nach Fortlegen der Antworten der Alliierten wird am Anfang des nächsten Woche das Reichskabinett wegen der bekannten Reparationsparagrafen eine Mitteilung erhalten. In diesen Kabinettsitzungen wird ebenfalls auch der Reichsfinanzminister Dr. Stresemann teilnehmen, der am Montag aus dem Krankeitsurlaub nach Berlin zurückkehrt und sein Amt wieder annimmt. Auch der Staatssekretär von Schuberz wird an diesem Zeitpunkt in Berlin zurück sein.

Fortgang der Reparationsbesprechungen.

Pariser Gilbert in Paris? — Beifall Tagungsort.

2. Paris, 2. November.

Das Interesse der Pariser politischen Kreise, das durch die plötzlich aufgetretene Kabinettskrise wegen der bekannten Reparationsparagrafen eine Abänderung erfahren hatte, richtet sich nun wieder auf die Reparationsbesprechungen. Die Vorverhandlungen in Brüssel sind nach dem offiziellen Schritt der deutschen Reichsregierung, wie man in Paris annimmt, ihrem Höhepunkt näher.

In Pariser amerikanischen Kreisen ist die leistungsfähigste Nachricht verbreitet, der Reparationsminister Pariser Gilbert sei überzähligerweise am Mittwoch früh in Paris eingetroffen und habe im Anschluß an den Empfang des deutschen Botschafters die Poincaré eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt. Die Reise des Reparationsgenossen wird auf den Wunsch Gilberts zurückgeführt, den Pariser Besprechungen aus nächster Nähe folgen zu können.

Obwohl Deutschland seinen Wunsch, die Vereinigten Staaten in irgendeiner Form auf der Sachverständigenkonferenz vertreten zu sehen, wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, ist in der von dem deutschen Botschafter überreichten Verbalnote die Vereinigten Staaten nicht erwähnt worden. Was den Tagungsort der Finanzkonferenz anlangt, so wird als Lösung Brüssel erwähnt.

Politisches Attentat.

Polens Generalkonjunktur in Prag sollte erschaffen werden

2. Prag, 1. November.

Gestern vormittag spielte sich im Gebäude des polnischen Generalkonjunktur in Prag eine aufregende Szene ab. Ein ukrainischer Emigrant namens Tabbüus Nikolaus Paq unterzeichnet ein Resolutionsdokument gegen den polnischen Generalkonjunktur Tabbüus Paq, nachdem er zunächst versucht hatte, das Gebäude des Konjunktur mit Benzin in Brand zu setzen.

„Englische Entente mit Deutschland“.

Lord Cusendun versucht einzuklinken.

2. London, 1. November.

Lord Cusendun benutzte heute eine Rede in Hartford zu einer Erklärung seiner letzten Ausführungen über das englisch-französische Frottenabkommen. Seine Erklärungen in der vergangenen Woche, daß keine neue Entente abgeschlossen sei, schon aus dem einfachen Grunde, weil die alte Entente niemals aufgelöst wurde, habe einige Ueberschätzung hervorgerufen. Man habe die Geschichte der Entente und deren Bedeutung vergessen. 1914 habe zwischen Großbritannien und Frankreich neben der eigentlichen Entente ein Militärabkommen bestanden. Nun bestche dieses Militärabkommen mit Frankreich nicht mehr, nur die alte Freundschaft dauere an. Er hätte ebenso gut auf Grund der Vorverhandlungen hinausgehen können, daß eine Entente ebenso mit Deutschland bestünde. Großbritannien ist somit, eins und freundschaftliche Beziehungen mit beiden großen Nationen und mit Italien zu unterhalten. Vor allen Dingen sei es aber auch entschlossen, zu einer vollen Vertiefung mit den Vereinigten Staaten zu kommen.

Angesichts der tatsächlichen Haltung der britischen Regierung stellt diese Rede eine sehr rasche Angelegenheit dar. Die tatsächliche Politik der britischen Regierung gegenüber Deutschland wird zweifellos weit richtiger durch die Rede in der letzten Woche wiedergegeben.

Wieder Königshberger Konferenz.

Der polnisch-litauische Konflikt.

2. Königsberg, 2. November.

Morgen wird hier erneut eine polnisch-litauische Konferenz eröffnet werden. Wieder einmal will man versuchen, eine Verständigung zwischen den beiden Gegnern herbeizuführen. Die Dinge liegen heute im wesentlichen doch immer so, wie nach der Entschädigung des Völkervertrages vom Dezember v. J., durch die zwar der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen beendet ist, aber doch keine Verständigung zwischen den beiden Staaten herbeigeführt wurde. Man hat inzwischen mancherlei Noten ge-